

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1990

hier: Einzelplan 12

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

— Drucksachen 11/5000 Anlage, 11/5562, 11/5581 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Das einseitig gegen österreichische Lkw verhängte Nachtfahrverbot verstößt gegen internationale Rechtsgrundsätze. Die Bundesregierung wird aufgefordert, diese Rechtsgrundsätze zu beachten und das Nachtfahrverbot entsprechend abzuändern. Österreichische Lkw dürfen nicht diskriminiert werden.
2. Die Bundesregierung muß mit der Regierung Österreichs verhandeln, damit diese die Einnahmen aus den Straßenbenutzungsgebühren für das Befahren der Brennerstrecke in vollem Umfang für den geplanten Brenner-Eisenbahntunnel zur Verfügung stellt.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag bis zum 15. März 1990 ihr Gesamtverkehrskonzept für den europäischen Güterverkehr vorzulegen.

Bonn, den 30. November 1989

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Das Nachtfahrverbot richtet sich ausschließlich gegen österreichische Lkw. Es ist eine willkürliche Diskriminierung und führt zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen. Damit widerspricht es dem Freihandelsabkommen zwischen der EWG und Österreich.

Die Schweiz hat seit mehr als 50 Jahren ein vollständiges Nachtfahrverbot. Auch lärmarme Lkw sind davon nicht ausgenommen. Auch dies beweist, wie willkürlich die Bundesregierung vorgeht, wenn sie ausschließlich österreichische Lkw erfassen will.

Die Regierung Österreichs will aus Gründen des Umweltschutzes den Transitverkehr über die Alpen soweit wie möglich auf die

Schiene umsteuern. Sie muß deshalb die Gewinne aus den Mautgebühren für den Ausbau der Schienenstrecken im Alpentransit einsetzen, wenn sie in ihren verkehrspolitischen und umweltpolitischen Zielsetzungen glaubwürdig bleiben will.

Das Gesamtverkehrskonzept muß insbesondere erfassen

- welches Transportaufkommen in den nächsten zehn Jahren auch im Zuge des EG-Binnenmarktes sowie durch die politischen Veränderungen in Ost-Europa in der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten ist,
- wie dieses Transportaufkommen bewältigt werden soll,
- welche Gütermengen mit der Schiene – insbesondere im Transitverkehr durch die Bundesrepublik Deutschland – transportiert werden sollen,
- welche Verbesserungen der Infrastruktur hierfür in welchen Zeiträumen und mit welchem Kostenaufwand nötig sind,
- welche Gütermengen über große Entfernungen auf der Straße transportiert werden sollen,
- welche Auswirkungen dies auf den Straßenverkehr haben wird und
- mit welchen Maßnahmen die Bundesregierung die Funktionsfähigkeit des Straßennetzes in welchem Umfang aufrechterhalten will.